Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 564 — Jahrgang 214

Bezugspreis: monatlich Mk. 9.— ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. **Geschäftsstelle Halle-Saale:** Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, 8. Dezember

Anzeigenpreis: Die 5gesp. 54 mm breite mm-Grundzeile 1.00 M. Die 4gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 4.00 M. Rabatt nach Tarif. Verrechnungsort Halle-Saale. **Geschäftsstelle Berlin:** Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Hardings Botschaft an den Kongreß

w. **Washington**, 7. Dezember.

In seiner Botschaft an den Kongreß sagte Harding, die Republik der Vereinigten Staaten sei von keinem Kriege bedroht und erfreue sich eines Friedens, der angesichts der **Wahrscheinlichkeit des Erfolges der Abrüstungskonferenz** von Dauer zu sein verspreche. Die zehn Jahre währenden Kriege hätten Verwirrungen angerichtet, die zu Schwierigkeiten führten, deren Größe nur von denen richtig eingeschätzt werden könnte, die sie aus nächster Nähe beobachteten und an verantwortlicher Stelle ständen. Die Schwierigkeiten seien noch verschlimmert worden durch die Tatsache, daß sie nicht nur nationaler, sondern auch internationaler Natur und über den ganzen Erdball verteilt seien, Schwierigkeiten auf moralischem und wirtschaftlichem Gebiete, die in gleichem Maße die Vereinigten Staaten wie die Menschheit angingen. Der Präsident sagte, er **beabsichtige nicht, ein Programm für die Wiederherstellung der Welt zu geben**; das sei die Angelegenheit der am meisten interessierten Nationen. **Aber die Vereinigten Staaten könnten daran mithelfen.** Sie hätten auch die Absicht, es zu tun mit bewußter **völliger Uneigennützigkeit** (?); denn Handel und Warenaustausch seien nur möglich, wenn die Nationen aller Erdteile wieder in eine normale und stetige Lage kämen. Die Hilfe der amerikanischen Republik müsse der Initiative der vollziehenden Gewalt zufallen. Aber sie könne nur wirksam sein mit Zustimmung und Mitarbeit des Kongresses. Der Kriegszustand, sagte Harding, legte es außerordentlich nahe, hohe Machtbefugnisse in die Hand des Präsidenten der Republik zu legen. Diese Machtbefugnisse haben **mit der Proklamation des Friedenszustandes aufgehört.** Heute muß die Arbeit der gesetzgeberischen und vollziehenden Gewalten miteinander in Einklang gebracht werden. Spaltungen innerhalb der Parteien, die während des Krieges verschwanden, dürfen nicht wieder entstehen und hindernisse für die schnelle Lösung des Friedens bilden.

Der Präsident würdigte die vom letzten Kongreß geleistete Arbeit und kam auf das **Budget** zu sprechen. Ueber die den ausländischen Staaten geleisteten Zuschüsse sagte er: Die vollziehende Gewalt ist nicht imstande, die Frage der Schulden zu behandeln; das bildet ein Hindernis für die schnelle Ordnung unserer Angelegenheiten mit unsern Schuldnern. Es ist Sache des Kongresses, der allgemeinen Politik der vollziehenden Gewalt in dieser Hinsicht seine Zustimmung zu erteilen. Wer es gibt eingelne Probleme der Anleihen und des Schutzes der amerikanischen Interessen, die die vollziehende Gewalt nur mit Genehmigung des Kongresses in Angriff nehmen kann. Wenn die Konsolidierung und Begebung der gestundeten Zinsen ermöglicht werden kann, so wird das für die Amerikaner selbst von Vorteil sein und wird die Beziehungen der Schuldner zu den Vereinigten Staaten verbessern.

Der Präsident kam dann auf das **Problem der Seeschiffahrt** zu sprechen. Er erinnerte daran, daß die vollziehende Gewalt im Interesse der Entwicklung der amerikanischen Handelsmarine in der Welt alle bestehenden Handelsverträge aufkündigen müsse, um in die Lage zu kommen, die Einfuhrzölle auf Waren, die von amerikanischen Schiffen nach Amerika transportiert würden, herabzusetzen. Das sei übrigens auch der Wunsch des Kongresses.

Die neue Regierung habe, als sie ihr Amt übernahm, eine Untersuchung angestellt. Sie habe gefunden, daß die Kündigung der Handelsverträge die internationalen Handelsbeziehungen in Unordnung bringen und die herrschende Verwirrung noch steigern würde. Niemand habe die Berechtigung der Vereinigten Staaten, Verträge zu kündigen, angezweifelt. Wie es werde den Vereinigten Staaten nicht möglich sein, eine große Handelsmarine zu unterhalten, ohne auf die guten Beziehungen Rücksicht zu nehmen, die zwischen den Nationen bestehen müßten. Außerdem würde die Herabsetzung der Zölle, für die Kündigung der Verträge die Voraussetzung, nur für den Transport von Waren vorteilhaft sein, die bei ihrem Eintreffen in den Vereinigten Staaten mit einem Zoll belegt werden. Aber die Bedeutung einer Nation auf dem Gebiete des Handels liege viel mehr in ihrer Ausfuhr als in der Einfuhr. Die vollziehende Gewalt sei in dieser Angelegenheit durch keine ausländische Nation beeinflußt worden; denn keine Nation habe Protest erhoben. Aber sie lege sich Rechenschaft über die Schwierigkeiten ab, die durch die Kündigung der Verträge verursacht würden. Der Präsident ersuchte den Kongreß, der vollziehenden Gewalt zu gestatten, die **Kündigung der Handelsverträge einige Wochen hinauszuschieben**, bis der neue Entwurf für die Ausdehnung der amerikanischen Handelsmarine eingebracht sei.

Der Präsident kam darauf auf den Gesetzentwurf über den Zolltarif zu sprechen und erklärte, das Gesetz sei notwendig, um der amerikanischen Industrie Sicherheit zu verleihen. Es müsse angenommen werden; denn es sei unvermeidlich, mit der Außenwelt sichere Handelsbeziehungen herzustellen. Außerdem handle es sich auch darum, zu verhindern, daß viele Industrien in Amerika zugrunde gingen. Die Vereinigten Staaten könnten nicht auf ausländische Waren verzichten. Das sei kein Mittel, der Welt bei Wiederherstellung ihrer Industrie und ihres Handels zu helfen, und sei auch kein Vorteil für die Vereinigten Staaten.

Wer erkenne die Notwendigkeit nicht, auf allen Märkten, wo Waren verkauft würden Einkäufe zu vollziehen? Der Handel könne nur unterhalten werden durch Austausch. Wenn man sich auch Rechenschaft über alle Verpflichtungen der Vereinigten Staaten in den Fragen der Menschlichkeit, des Handels und der Finanzen ablege, so könne doch nicht die Rede davon sein, sich selbst zu vernichten, um andern zu helfen. Harding erklärte: Ich wünsche von ganzem Herzen die Wiederherstellung der von dem schrecklichen Kriege so schwer betroffenen Völker. Aber ihre Wiederherstellung hängt nicht davon ab, daß die Vereinigten Staaten ähnliche Zustände über sich ergehen lassen. Es ist besser, allen Amerikanern Arbeit zu geben; es ist besser, der Welt das Beispiel eines gut balanzierenden Budgets, strenger Sparsamkeit und energischer, erfolgreicher Arbeit zu geben, die die notwendigen Hilfsmittel darstellen, um die Wirkung der Unglücksfälle zu beheben.

Ueber **Rußland** sprechend, sagte Harding: **Wir erkennen die Sowjet-Regierung nicht an**; aber angesichts der Leiden und Todesfälle können wir alle politischen Erwägungen beiseite lassen. Ich empfehle ohne Vorbehalt die Annahme ausreichender Kredite für die Verwaltung der amerikanischen Hilfsorganisation, damit diese imstande ist, 10 Millionen Scheffel Getreide und eine Million Scheffel Saatkorn zu liefern.

Schließlich sagte Harding über die **Abrüstungskonferenz**, die Augen der ganzen Welt seien auf Washington gerichtet. Es sei wahrscheinlich, daß ein die gesamte Menschheit höchstermutigender Erfolg herbeigeführt werde.

v. Jagows Vernehmung

Der Kapp-Putsch vor dem Reichsgericht

Leipzig, 7. Dezember.

Vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig begann am heutigen Vormittag, wie bereits kurz berichtet, unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Geheimrats Pelargus der Prozeß gegen die Herren v. Jagow, v. Wangenheim, Dr. Schiele-Naumburg, die angeklagt sind, im März 1920 anläßlich des Kapp-Putsches die bestehende Verfassung gewaltsam zu ändern versucht zu haben. Man hatte als Verhandlungssaal den großen Reichsgerichtssaal gewählt, in dem vor einigen Monaten die Verhandlung gegen die Angehörigen des alten Heeres wegen Kriegsverbrechen stattgefunden hatten. Da die Aufsicht in diesem Saal eine anerkannt schlechte ist, hatte man auch diesmal unter dem Richtertisch ein Velarium angebracht. Der Andrang der Zuhörer zu der Verhandlung war nicht so stark, wie man wohl erwartet hatte, vermutlich deshalb, weil Einlaß nur nach vorheriger scharfer Prüfung erfolgte. Da man in Leipzig allgemein mit der Möglichkeit größerer Demonstrationen vor dem Reichsgericht gerechnet hatte, waren starke Kommandos von Polizeibeamten im Reichsgericht untergebracht und jeder, der zu der Verhandlung zugelassen war, mußte fünf oder sechs Postenketten passieren. —

Kurz vor 9 Uhr erschienen die drei Angeklagten mit ihren Verteidigern, den Rechtsanwälten Fritz Grünspach, Justizrat Görres, Rechtsanwalt Bötiger aus Berlin und den Rechtsanwälten Justizrat Gentebrück-Leipzig und Dr. Martin-Halle. Die Angeklagten nahmen auf der Anklagebank Platz, die hinter dem Richtertisch entfernt ist, daß bei der schlechten Akustik im Saal von einer direkten Verständigung zwischen dem Vorsitzenden und den Angeklagten keine Rede sein kann. Infolge dessen traten später bei ihrer Vernehmung die Angeklagten unmittelbar an den Richtertisch heran, um dort ihre Bekundungen zu machen. Pünktlich um 9 Uhr erschien das Gericht, und ohne Präliminarien eröffnete Geheimrat v. Pelargus die Sitzung mit der Bemerkung, daß die beiden Verfahren getrennt gegen Herrn v. Jagow und v. Wangenheim einerseits und gegen Dr. Schiele andrerseit schwebten, aber vereint zur Verhandlung gelangen würden. Dann wurden die Angeklagten zu ihrer Person vernommen. Herr v. Jagow bezeichnete sich auf die Frage des Vorsitzenden nach seinem Beruf, als Regierungspräsident a. D., Herr von Wangenheim als Landwirt und Dr. Schiele als praktischer Arzt. Nach der Verlesung des Eröffnungsbeschlusses, in welchem den Angeklagten vorgeworfen wird, daß sie versucht haben, die Verfassung des Deutschen Reiches im vorigen Jahre gemeinsam zu stürzen, und sich aus § 81 und 82 sowie § 47 des Str.-G.-B. schuldig gemacht zu haben, tritt

Herr v. Jagow

an den Gerichtstisch heran und erklärt:

„Ich bin angeklagt aus den Paragraphen 47 und 81 des St.G.B., wonach ich die Verfassung gewaltsam zu stürzen versucht haben soll. Ich erkläre, daß ich mir niemals eine derartige Handlung habe zuschulden kommen lassen. In der Anklageschrift, die 140 Seiten umfaßt, kommt mein Name ja auch recht selten vor. Der Tatbestand läßt sich mit wenigen Worten festlegen. Ich unterscheide zwischen der Zeit vor dem 13. März, dem 13. März selber und der Zeit nach dem 13. März. Vor dem 13. März fand eine Unterredung zwischen mir und Kapp statt, und zwar in der Viktoriastraße in Berlin. Wir erörterten damals oberflächlich die politischen Verhältnisse, denn Kapp war der Ansicht, daß die damalige Regierung auf unsicheren Füßen stehe, einmal weil die Reichswehr mit der Regierung selbst nicht zufrieden war, und andererseits weil von links gegen die Regierung gearbeitet wurde. Kapp war der Ansicht, daß das Abtreten der damaligen Regierung und die Einsetzung einer neuen

durchaus auf legalem Wege

erfolgen werde. Er fragte mich damals, ob ich bei einem eventuellen Regierungswechsel den Posten eines Ministers des Innern bekleiden wollte. Ich erklärte mich dazu bereit, jedes Amt zu übernehmen, das nicht geringer sei, als dasjenige, welches ich früher einmal bekleidet habe. Kapp beauftragte mich, für die damals vorhandenen Regierungsmänner Ersatz zu suchen, dann kam der 13. März. Die Truppen zogen ohne Widerstand in Berlin ein. Ich traf am Großen Stern mit Kapp zusammen und fuhr mit ihm im Auto in die Reichskanzlei. Kapp erzählte mir, denn ich war überhaupt nicht informiert, daß die Reichsregierung geflohen sei und daß er vorläufig die Diktatur übernehmen werde. Er fragte mich nochmals, ob ich Minister des Innern werden wolle. Ich erklärte wiederum, daß ich bereit sei. Kapp sagte mir, daß die gesamte Regierungsmacht bei ihm und Lüttwitz liege. Ich habe dann unter der Kapp-Regierung einige unwesentliche Amtshandlungen, und zwar in personalibus vorgenommen. Ich betone ausdrücklich, daß die Leitung der Siponicht in meiner Hand lag.

Vors.: Sie schildern das alles in großen Zügen. Ich möchte aber noch Einzelheiten von Ihnen hören, da Sie selbst die Ereignisse in die Zeit vor dem 13. März und nach dem 13. März einteilen. So äußern Sie sich etwas mehr. Sie haben doch wohl, wie die Anklage Ihnen zur Last legt, Verbindungen mit der „Nationalen Vereinigung" gehabt, der Sie näher angehört haben. — v. Jagow: Das Gegenteil ist der Fall. Ich sollte in die „Nationale Vereinigung" eintreten, habe das aber abgelehnt. Herr Zumbroich, den ich als Zeugen benannte, wird bekunden müssen, daß ich sogar den Vorsitz in der Vereinigung abgelehnt habe, weil ich mich nicht für diesen Posten geeignet hielt.

Vors.: Waren Ihnen die politischen Bestrebungen der „Nationalen Vereinigung" etwas bekannt? — v. Jagow: Das ist mir nicht so genau erinnerlich, weil ich damals sehr viel erlebt habe, besonders in den Kapp-Tagen. Ich glaube aber, man hat mir damals gesagt, daß man damit rechnet, die Regierung werde von Bolschewisten abgelöst werden. Für diesen Fall allerdings war vorgesehen, daß man einen amtsfähigen Personalbestand zur Verfügung habe, um

gegen die Anarchie

anzukämpfen.

Vors.: Also beabsichtigte die „Nationale Vereinigung" gar keinen Verfassungsumsturz, sondern sie wollte die Verfassung vielmehr stützen? — v. Jagow: Es steht für mich außer allem Zweifel, daß die „Nationale Vereinigung" lediglich in Notwehr für einen Eventualfall Vorbereitungen traf.

Vors.: Glaubte denn Herr Kapp, daß dieser Fall von Notwehr im März v. Js. eingetreten sei? — v. Jagow: Ich bitte doch streng zu unterscheiden zwischen Kapp und der Nationalen Vereinigung. Ich glaube nicht, daß Kapp mit der Nationalen Vereinigung etwas zu tun hatte.

Vors.: Wußten Sie, daß Hauptmann Papst Geschäftsführer der Nationalen Vereinigung war? — v. Jagow: Ich hielt Pabst allerdings für einen leitenden Mann der Nationalen Vereinigung. Er fragte mich einmal, ob ich nicht Mitglied der Nationalen Vereinigung werden wolle.

Vors.: Wie standen Sie zu Herrn Dr. Schiele? — v. Jagow: Ich habe ihn erst am 13. März kennengelernt.

Vors.: Es war Ihnen doch aber bekannt, daß die Nationale Vereinigung eine eifrige Propaganda betrieb, und Sie sollten doch selber einmal einen Vortrag in der Nationalen Vereinigung über Proklamationen usw. halten. — v. Jagow: Ich bin einmal ganz leicht gefragt worden — ich glaube, es war im Januar — ob ich über Verfassungsfragen usw. in der Vereinigung ein Korreferat halten wollte. Dabei war doch nichts. Denn das hätte schließlich jeder Rechtsanwalt und Jurist tun können.

Vors.: Ganz richtig. Aber wer sollte denn das Hauptreferat halten? — v. Jagow: Das ist mir entfallen.

Vors.: Erzählen Sie uns nun etwas über

die Vorgänge am 13. März.

von Jagow: Ich wurde am 12. März von einer Dame angerufen, die mich bat, ich möchte Falkenhausen benachrichtigen, daß auch er zum Brandenburger Tor käme. Ich habe keine Verbindung mit ihm bekommen können. Er sollte am 13. März, morgens 6 Uhr, am Brandenburger Tor sein.

Vors.: Haben Sie Kapp nach seiner Mitteilung nicht selbst gesprochen? — von Jagow: Ich sah Kapp das letztemal am Donnerstag vor dem 13., als die Nachricht kam, daß Kapp verhaftet werden sollte. Als ich das hörte, blieb ich bei Kapp, um Zeuge der Verhaftung zu sein und um seinen Angehörigen Nachricht geben zu können.

Vors.: Weshalb haben Sie Kapp an diesem Tage besucht? — von Jagow: Ich hatte ihm an jenem Tage den Geheimrat Dohe vorgestellt, der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern werden sollte.

Vors.: Waren die Dinge schon soweit gediehen, daß Sie mit der baldigen Postenbesetzung rechneten? — v. Jagow: Ich nahm an, daß die Reichswehrtruppen unmittelbar bevorstand.

Vors.: Hatten Sie bei diesem Besuch bei Kapp auch davon gehört, daß ein Haftbefehl gegen Lüttwitz schwebte? — v. Jagow: Lüttwitz kam zu meiner Unterredung mit Kapp hinzu. Er erzählte, daß er am Tage zuvor mit Ebert und Noske in der Reichskanzlei verhandelt, aber nichts erreicht hätte.

Vors.: Hielten Sie die bekannte Unterredung des Generals v. Lüttwitz mit Ebert auch für eine legale Handlung? — von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192112081-10/fragment/page=0001

Jagow: Unbedingt, da er doch der Regierung die Stimmung der Truppen mitteilte.

Vors.: Sie haben dann Falkenhausen von der Verabredung am Brandenburger Tor benachrichtigt. Hat er Sie denn nicht nach dem Grunde gefragt? — v. Jagow: Ich wußte ja selber auch nichts. Ich nahm vielmehr an, daß

ein legales Unternehmen

im Gange war. Im 8-Uhr-Abendblatt hatte ich gelesen, daß aus Döberitz Truppen in Anmarsch seien, aber ich hielt eine illegale Bewegung für ausgeschlossen.

Der Vorsitzende verliest hierauf den in Betracht kommenden Artikel aus dem Acht-Uhr-Abendblatt „Eine Uebermumpelung Berlins? — v. Jagow: Ich betone nochmals, daß ich nach dem Lesen des Artikels vor zwölf Fragezeichen stand. Ich war so klug wie zuvor, und ging schon deshalb zum Brandenburger Tor, um zu hören, was los sei.

Vors.: Kamen Sie da allein zum Brandenburger Tor? — v. Jagow: Jawohl. Als ich hinkam, war noch alles leer, doch sah ich in der Dunkelheit überall gespannte Drahtverhaue.

Vors.: Wie kamen Sie denn da durch? — v. Jagow: Ich wurde von den Posten durchgelassen.

Vors.: Waren denn das Soldatenposten oder Schutzleute? — v. Jagow: Ich glaube, es waren Soldatenposten. Ich war vorher am Kultusministerium vorbeigekommen und fand auch dort alles leer, ging dann in die Neue Wache am Brandenburger Tor, wo ebenfalls Drahtverhaue gespannt waren. Ich hatte den Eindruck, daß man etwas Feindseliges erwarte. In der Dunkelheit blitzten die Lichter von Autos auf, die auf dem Bürgersteig und auf der Promenade fuhren. Ich hörte Gesang, sah dann schwarzweißrote Fahnen, hatte aber immer noch das Gefühl, es handle sich hier nur um eine legale Demonstration. Dann kam Lüttwitz an.

Vors.: Also kannten Sie Lüttwitz nicht schon früher? — v. Jagow: Ich habe ihn einmal oberflächlich bei General von Oven kennengelernt.

Vors.: Haben Sie damals schon mit Lüttwitz über einen Putsch gesprochen? v. Jagow: Nein. Wir unterhielten uns nur über gesellschaftliche Dinge.

Vors.: Aber Kapp und Lüttwitz kannten sich doch. — von Jagow: Allerdings.

Vors.: Kannten Sie Kapitänleutnant Ehrhardt? — v. Jagow: Ich lernte ihn am 13. März erst kennen, und ich fuhr mit ihm, Lüttwitz und Kapp in die Reichskanzlei.

Vors.: War Kapp sehr aufgeregt? — v. Jagow: Nein. Er sprach sehr ruhig und teilte uns mit, daß die Reichsregierung geflohen sei. Ueberhaupt war Berlin sehr ruhig. Der Einmarsch der Truppen erfolgte wie im Frieden. Die Straßen waren belebt, aber man bemerkte keine besondere Unruhe.

Vors.: Hier scheint Sie Ihr Gedächtnis doch zu verlassen. Der Einmarsch der Truppen mußte doch auf jeden Unbeteiligten den sofortigen Eindruck machen, daß hier etwas Besonderes vor sich ging. Es war doch schon bekannt, daß die Reichsregierung geflohen sei. — v. Jagow: Die Reichsregierung kümmerte mich aber nicht. Für mich existierte nur die preußische Regierung, und ich war der Ansicht, daß Lüttwitz alle Gewalt in Händen habe.

Vors.: Wußten Sie nicht, daß beim Einmarsch Ehrhardts sich sofort eine Opposition bemerkbar machte, und daß auch die Bolschewisten einen Gegenputsch planten? — v. Jagow: Ich hatte absolut den Eindruck, daß die Brigade Ehrhardt die Lage beherrschte. Einen erfolgreichen Widerstand hielt ich für ausgeschlossen.

Vors.: Meinten Sie den militärischen Widerstand? — von Jagow: Nein.

Hände weg!

Französische Einmischung in deutsche Angelegenheiten.

w. **Paris**, 7. Dezember.

Eine Anzahl von Abgeordneten unter Führung von Maurice Barrès hat an den Ministerpräsidenten Briand ein Schreiben gerichtet, um auf die Verhaftung des Separatisten Smeets in Köln hinzuweisen. Dieser habe kein Verbrechen nach allgemeinem Recht begangen; seine Verhaftung sei nur aus politischen Gründen erfolgt. Die Verfassung von Weimar gebe nach Ablauf von zwei Jahren der rheinischen Bevölkerung das Recht, sich über ihre Stellung zum Reich zu äußern. Die Okkupationstruppe habe die Aufgabe, die öffentliche Ordnung und die Freiheit der Person zu schützen. Der Brief weist darauf hin, daß in einem analogen Falle die Rheinlandkommission gegen die Verletzung dieser Rechte aufgetreten sei. Der Ministerpräsident wird aufgefordert, dem Vertreter Frankreichs in der Rheinlandkommission die notwendigen Instruktionen zu einem gleichen Vorgehen zu geben.

Unter den Abgeordneten, die den Brief mit unterschrieben haben, befinden sich General Castelnau, Maurrat, Puech, Galli und Ehrlich.

Frankreichs „Generalhypothek auf Deutschland'"

w. **Paris**, 7. Dezember.

Bei einer Besprechung der Reparationsfrage im Senat erklärte Briand:

Auf Grund der Untersuchung der Reparationskommission gewann ich die Ueberzeugung, daß der Staat Deutschland zwar sehr verarmt ist, seine Einwohner aber sind nicht verarmt. Wenn Deutschland Bankerott machen würde, so wäre das kein gewöhnlicher, sondern ein betrügerischer Bankerott. 1871 hatte die französische Regierung keine 5 Milliarden in ihrem Staatsschatze, aber alle Bürger leisteten mit ihrer Unterschrift Bürgschaft. Deutschland wird hieran ein Beispiel nehmen müssen. In diesem Ideengange gebe ich zu, daß wir eine Generalhypothek auf Deutschland haben; aber bisher hat sich Deutschland noch nicht geweigert, zu bezahlen. Das doch zu behaupten, hieße erklären, daß wir noch nichts empfangen hätten. Das wäre eine Uebertreibung, und durch Uebertreibungen verderben wir unsere Sache natürlich bedeutend. Selbst die erste Milliarde wurde am Verfalltage bezahlt; aber die Verteilung dieser Summe führte zu Besprechungen, die mit der Herausgabe des Protokolls endeten, das die französische Regierung bisher zu unterzeichnen sich weigerte, weil ihrer Meinung nach dieser Akt nicht früheren Abmachungen entspricht. In diesem Falle jedoch — bemerkte der Antragsteller — würden die Alliierten das Wiesbadener Abkommen nicht als gültig anerkennen. Ich wünsche, im Gegensatz dazu zu erklären, daß dieses Abkommen eine gute Wirkung ausübte, denn es zeigte, daß wir nicht widerspenstig sind. Unsere Alliierten waren unterrichtet. Ich bin sicher, daß die Gerechtigkeit unserer Sache ihnen nicht entgehen kann. So stehen wir jetzt. Ueber die Zahlungstermine hat die Reparationskommission eine Entscheidung gefällt. Ich weiß nicht, was geschehen wird, bin aber der Ansicht, daß sich Deutschland die nötigen Mittel verschaffen, seine Angelegenheiten ordnen, Ersparnisse machen und Anstrengungen wegen neuer Steuern machen muß. Wenn das geschieht, muß es vorzugsweise seine Hilfsquellen für die Zahlung der Reparationen verwenden. So liegt diese Angelegenheit. Ich möchte wünschen, daß man nicht im voraus die Ansicht hegt, alle Ereignisse hätten katastrophale Folgen, und man erwarte sie, um sie zu beurteilen. Ich sage: Wir befinden uns einer Regierung gegenüber, die den Mut hat, die Verpflichtungen ihres Landes uns gegenüber anzuerkennen, unser Ultimatum anzunehmen und es mit gutem Willen auszuführen. Ich weiß wohl, daß dieser gute Wille manchmal zu wünschen übrig läßt, besonders in der Entwaffnungsfrage. Unsere Kontrollkommission hat verschiedentlich Verfehlungen und Verheimlichungen festgestellt. Uebrigens kann nichts besser deren eifrige Tätigkeit beweisen, der ich hiermit die verdiente Anerkennung ausspreche. Die Regierung hat daher alles getan, was ihr möglich war, um auf der Ausführung der Verpflichtungen Deutschlands zu bestehen in dieser Entwaffnungsangelegenheit, die für uns äußerst wichtig ist.

Deutschlands Entwaffnung

w. **Berlin**, 7. Dezember.

Von Blättern des Auslandes wird immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß die unter der Kontrolle der interalliierten Kommission und auf Grund des Friedensvertrages vollzogene Entwaffnung Deutschlands nur eine scheinbare sei. Demgegenüber geben die nachfolgenden authentischen Zahlen ein umfassendes und genaues Bild darüber, wie vollkommen Deutschland die Abrüstung durchgeführt hat.

Die Reichstreuhandgesellschaft hat bis zum 1. Oktober 1921 zur Zerstörung erhalten: Gewehre und Karabiner 5 865 000 (davon zerstörte sie 5 837 000, noch auf Lager sind 16 500), Maschinengewehre 702 867 (702 850 bezw. 17), Minenwerfer und Rohre von solchen 28 340 (28 340 bezw. 0), Geschütze und Rohre von solchen 53 900 (53 900 bezw. 0), Laffetten 27 640 (27 640 bezw. 0), scharfe Artilleriegeschosse und Minen 37 400 000 (32 000 000 bezw. 5 400 000), Scharfe Zünder 58 Millionen (56 600 bezw. 1 400 000), Handwaffenmunition 440 Millionen (392 Millionen bezw. 48 Millionen), Flugzeuge 14 009 (13 376 bezw. 4). Außerdem wurden 629 Flugzeuge und 3692 Flugzeugmotore abgeliefert.

Das englisch-irische Abkommen

w. **London**, 7. Dezember.

Die britische Regierung hat gestern abend die Bedingungen der mit den Sinnfeinern getroffenen Regelung veröffentlicht. Das Dokument ist überschrieben: Vertrag zwischen Großbritannien und Irland. Es enthält 18 Klauseln, von denen bereits ein großer Teil in der von Lord Birkenhead in Birmingham gehaltenen Rede dargelegt worden ist.

Die 1. Klausel bestimmt, daß Irland dieselbe Stellung einnehmen soll wie andere Dominions des britischen Reichs mit einem Parlament, das die Vollmacht hat, Gesetze zu machen für den Frieden, die Ordnung und gute Regierung von Irland. Es enthält den Namen: Irischer Freistaat. Der Eid, der von den Mitgliedern des Parlaments des irischen Freistaats geleistet wird, lautet: „Ich schwöre treue Treue und Untertanengehorsam der Regierung des irischen Freistaats und werde König Georg V. und seinen Erben und Nachfolgern treu sein kraft des gemeinsamen Bürgerrechts von Irland und Großbritannien und seiner Anhängerschaft und Mitgliedschaft in der Gruppe der Nationen, die das britische Gemeinwesen bilden."

Klausel 6 sieht vor, daß, bis eine Vereinbarung zwischen der britischen und der irischen Regierung getroffen ist, durch die der irische Freistaat seine eigene Küstenverteidigung übernimmt, die Verteidigung zur See Großbritannien und Irland durch die Streitkräfte des britischen Reichs übernehmen sollen.

Klausel 7 bestimmt, daß die irische Regierung in Friedenszeiten den britischen Streitkräften gewisse Erleichterungen hinsichtlich der Flotte und Luftschiffahrt gewährt und bei Zwistigkeiten oder gespannten Beziehungen mit einer ausländischen Macht alle Erleichterungen gewährt, die die britische Regierung verlangt.

Laut Klausel 8 soll, wenn die Regierung des irischen Freistaats eine militärische Verteidigungsmacht aufstellt, diese zu der Militärmacht, die Großbritannien unterhalten wird, in keinem größeren Verhältnis stehen als die Bevölkerung von Irland zu der Bevölkerung von Großbritannien.

Klausel 9 bestimmt, daß die Häfen Großbritanniens und des irischen Freistaats den beiderseitigen Schiffen offen stehen.

Klausel 12 der Bestimmungen des irischen Vertrages besagt: Wenn innerhalb eines Monats nach Annahme des Gesetzes und Ratifizierung des Abkommens dem König von beiden Häusern des Ulster-Parlaments eine Adresse unterbreitet wird, die sich gegen das Gesetz richtet, sollen die Vollmachten der Regierung des irischen Freistaats nicht auf Ulster ausgedehnt und eine Kommission ernannt werden, um die Grenzen gemäß den Wünschen der Bevölkerung festzulegen. Wenn keine derartige Adresse unterbreitet wird, wird das Ulster-Parlament weiterhin die bestehenden Befugnisse behalten; aber das Parlament und die Regierung des irischen Freistaats sollen dieselben Befugnisse in Nordirland wie in Südirland ausüben, bezüglich der Fragen, über die das Nordparlament augenblicklich keine Befugnisse hat.

Klausel 16 sieht vor, daß weder das Parlament des irischen Freistaats noch das Parlament von Nordirland irgendeine Religion dotieren oder ihre freie Ausübung verhindern bzw. beschränken darf und daß das zur vorläufigen Verwaltung von Südirland unter dem Homerule-Gesetz geschaffene Südparlament einberufen wird.

Klausel 18 besagt, daß die Bedingungen von der britischen Regierung sofort dem Parlament zur Genehmigung und von den irischen Unterzeichnern dem Südparlament unterbreitet werden und daß die Bedingungen nach ihrer Genehmigung durch ein Gesetz ratifiziert werden.

Preußischer Landtag

Ohne Aussprache werden zunächst die Ausführungsbestimmungen zum Beamtendiensteinkommengesetz nach dem Beschlusse des Ausschusses für Beamtenangelegenheiten angenommen, ebenso eine große Reihe Gesetzentwürfe zur Aenderung der Diensteinkommengesetze der Beamten und Lehrer. Dann wird die Beratung des Landwirtschaftsetats fortgesetzt.

Abg. Schlange (Dschn.) sieht die Rettung vor der drohenden Ernährungskatastrophe nur in einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Die Landwirtschaft könne aber nicht zur Produktionssteigerung kommen, wenn die heutige Steuergesetzgebung aufrechterhalten wird. Nur die völlig freie Wirtschaft könne zur Produktionssteigerung führen.

Abg. Schulz-Neukölln (Komm.) begründet kommunistische Anträge, in denen entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und seine Sozialisierung verlangt wird.

Um 5 Uhr wird die Weiterberatung auf ½8 Uhr abend vertagt.

„Der Medderkoog"

87) **Schleswig-Holsteinscher Roman**

von

Henriette von Meerheimb (Margarete Gräfin von Bünau)

Graf Holm sah mit gerunzelter Stirn auf den König, der immer noch in seinem Sessel saß und unschlüssig mit den Fingern auf der Lehne trommelte.

„Fügen Euer Majestät sich also dem Wunsch des Volkes und seiner Vertreter?" fragte Orla Lehmann, der Rädelsführer und leidenschaftlichste Eiderdäne. Sein Ton klang mehr drohend wie bittend. In seinem mageren, nicht unedel geschnittenen Gesichte leuchteten ein paar fanatische Augen.

„Ich bewillige die Petition," entgegnete der König schnell. „Gehen Sie und veranlassen Sie das Volk, sich zu zerstreuen."

Die drei Vertreter verließen mit triumphierenden Gesichtern das Zimmer. Gleich darauf hörte man ein brausendes Hochgeschrei. Man wußte nicht, ob's dem König für seine Bewilligung oder dem augenblicklichen Helden des Tages, Orla Lehmann, galt.

„Majestät haben keine weiteren Befehle für mich?" fragte Holm mit ironischem Doppelsinn. „Herr von Hall und ich dürfen uns wohl zurückziehen?"

Der Minister Hall saß seit Stunden mit einigen seiner Unterbeamten im Schloß. Der König war aber nicht zu bewegen gewesen, ihn vorzulassen und sich mit ihm zu beraten, denn ab und zu brach bei dem im ganzen gutmütigen und lenkbaren König ein unüberwindlicher Eigensinn hervor, bei dem er von einem Extrem ins andere taumelte.

„Ja — ja, gehen Sie nur!" antwortete Friedrich VII. mürrisch. „Schicken Sie mir meinen Kammerdiener. Ich lege mich zu Bett, denn ich bin krank vor Aufregung."

„Das heißt, Dunske soll die doppelte Portion Branntwein bringen," dachte Holm. Sein Gesicht blieb aber unbewglich. „Wenn Majestät gestatten," sagte er laut, „suche ich jetzt meine Tochter auf."

„Sie können doch jetzt unmöglich durch diese Volksmasse durchkommen?" meinte der König.

„Versuchen muß ich's auf jeden Fall. Es ist ja dunkel. Mich erkennt niemand."

Aber darin irrte sich Graf Holm. Kaum betrat er, den Hut tief in die Stirn gezogen, die Treppenstufen des Schlosses, als ihn ein lautes Gejohle und wüstes Geschrei empfing. Eine Flut von Schimpfreden ergoß sich über den wehrlosen Mann. Irgendeiner, der ihn persönlich kannte und dem er vielleicht, als er noch Minister war, etwas abgeschlagen hatte, benützte nun diese Gelegenheit zur Rache.

Das aufgeregte Volk, dem seine Forderungen so anstandslos bewilligt wurden, verlangte nach einem Sündenbock.

Die meisten wußten freilich gar nicht, um was es sich handelte, und weshalb der harmlos aussehende ältere Herr, der gelassen die Treppe herabsteigen wollte, so wütend beschimpft werden mußte. Aber sie schrien und tobten mit aus Freude am Skandal.

Graf Holm verlor die Fassung nicht. Erst versuchte er sich durchzudrängen; als er aber sah, daß das unmöglich war, daß ihm von allen Seiten der Weg versperrt sei, blieb er ganz still auf der obersten Treppenstufe stehen. Seine schlanke, dunkle Gestalt, der spitze, völlig kahle Kopf — der Hut war ihm im Gedränge herabgefallen — zeichnete sich scharf gegen den Hintergrund des jetzt hellerleuchteten Schlosses ab.

Ein paar der wildesten Schreier drängten sich näher an ihn heran. Ein Arm streckte sich nach ihm aus und versuchte ihn am Rock herunterzuzerren und der wütenden Volksmenge, die wie hungrige Wölfe nach Beute heulte, zuzustoßen.

Ein schreckliches Erstickungsgefühl stieg plötzlich würgend in Holms Kehle auf. Feuerfunken tanzten vor seinen Augen. Seine Gedanken fingen an, wirr zu werden. Wollten diese fürchterlichen Menschen ihn ermorden?

Plötzlich drang von der Amaliengade her dröhnender Hufschlag. Ein Trupp berittener Polizisten bog in schlankem Trabe in den Schloßhof ein — dahinter blitzten Uniformen.

„Die Husaren kommen! Man schickt Militär! Verrat — sie schießen!" In wilder Flucht stürzte ein Teil der Masse davon. Frauen kreischten. Ein wirrer Knäuel von Menschen wälzte sich die Treppe hinauf, um nicht zertreten zu werden. Jammern — Fluchen, Schreien erfüllte die Luft. Dazwischen blitzten die Säbel der Gendarmen, die mit flacher Klinge auf die Fliehenden einhieben.

„Die Husaren, die Hunde von Polizisten — die hat du gewiß bestellt, du Schuft!" kreischte einer der Männer, des Holm gepackt hielt. Ein Messer blitzte — im nächsten Augenblick aber sank der erhobene Arm des wütenden Menschen kraftlos herab. Ein Blutstrom schoß aus dem Aermel hervor. Ein lautes Schmerzensgeheul folgte.

Der Anführer der Husaren, der Rittmeister von Torp, war vom Pferde gesprungen und hatte dem Angreifer mit seinem scharfen Säbel den erhobenen Arm bis auf den Knochen durchgeschlagen.

Einer der anderen Männer riß seinen blutüberströmten, jammernden Kameraden schnell mit sich. Holm schwankte gegen die Mauer.

Der Rittmeister Torp faßte ihn unter den Arm. „Jetzt schnell fort!" Er hielt seine geladene Reiterpistole vor sich und den Grafen. Seine helle Kommandostimme tönte laut und scharf weithin über den Platz. „Wenn der Schloßplatz in fünf Minuten nicht geräumt ist, wird scharf geschossen! — Vorwärts!"

Die Husaren drängten die Leute von der einen, die Polizisten von der anderen Seite. Die Menge zog sich murrend immer weiter zurück.

Nach einiger Zeit lag der Schloßplatz wirklich dunkel und menschenleer da. Die angezündeten Pechfackeln warfen einen roten, wildflackernden Schein über die graue Fassade des Schlosses.

„Wollen Sie ins Palais zurück, Exzellenz?" fragte Torp. Er stützte den Grafen, dessen Arm er immer noch festhielt.

Holm schüttelte den Kopf. „Nein — zu meiner Tochter!"

„Ich bringe Sie hin."

„Kommen Sie einen Augenblick mit herauf, Torp. Karin wird Ihnen danken wollen."

„Wofür?"

„Zuerst für meine Rettung. Was wäre aus mir geworden ohne Ihre tatkräftige Entschlossenheit? Und dann haben Sie doch auch mit wahrhaft königlicher Verschwendung Karin mit Blumen überschüttet."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192112081-10/fragment/page=0002

Das Optionsrecht

w. Berlin, 7. Dezember. (Amtlich.)

Nach anhaltender deutscher Bemühungen ist es nicht möglich gewesen, mit der polnischen Regierung ein Abkommen über die Durchführung des Artikels 91 des Vertrages von Versailles zu erzielen. Mit Rücksicht auf die am 10. Januar 1922 endende Optionsfrist hat die deutsche Regierung nunmehr ihrerseits die nötigen Ausführungsbestimmungen erlassen. Sie werden im Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger erscheinen (für das oberschlesische Abstimmungsgebiet, für das die Optionsfrist noch nicht feststeht, werden besondere Bestimmungen in den jetzt beginnenden deutsch-polnischen Verhandlungen getroffen werden). Hierdurch erhalten die ehemaligen deutschen Reichsangehörigen, welche durch den Vertrag von Versailles die polnische Staatsangehörigkeit erworben und die deutsche Reichsangehörigkeit verloren haben, die Möglichkeit, durch Abgabe einer nach deutschem Recht wirksamen Optionserklärung für Deutschland die deutsche Reichsangehörigkeit wieder zu erlangen; es sind dies alle Personen (auch die Beamten), welche am 10. Januar 1920 als deutsche Reichsangehörige innerhalb des bisherigen polnischen Staates ihren Wohnsitz hatten und dort bereits seit dem 2. Januar 1908 ansässig waren. Ununterbrochener Wohnsitz in Polen während der Zeit vom 2. Januar 1908 bis zum 10. Januar 1920 ist nicht erforderlich. Wer sowohl in Polen als auch außerhalb Polens seinen Wohnsitz hatte, ist gleichfalls optionsberechtigt. Unfreiwillige Aufgabe des Wohnsitzes in Polen durch dem 9. November 1918 infolge einer auf Verlassen des Landes gerichteten Anordnung von Stellen, die amtliche Tätigkeit ausgeübt haben, infolge Gewalt oder Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben bleibt außer Betracht. In diesen Fällen ist es so anzusehen, als ob die in Frage kommenden Personen am 10. Januar 1920 ihren Wohnsitz in Polen noch gehabt haben.

Ebenso werden die deutschen Reichsangehörigen polnischen Stammes und polnischer Muttersprache (Polen deutscher Reichsangehörigkeit), welche am 10. Januar 1920 ihren Wohnsitz in Deutschland hatten, in die Lage versetzt, für Polen zu optieren.

Die Optionserklärung kann in einem, wie im anderen Falle entweder mündlich oder in schriftlicher Form innerhalb Deutschlands bei den höheren Verwaltungsbehörden (in Preußen vor den Regierungspräsidenten und dem Polizeipräsidenten in Berlin), im Ausland vor den amtlichen deutschen Vertretungen, abgegeben werden. Die Unterschrift unter der schriftlichen Optionserklärung muß im Inlande durch die Ortspolizeibehörde oder einen Notar, im Auslande durch eine amtliche deutsche Vertretung beglaubigt sein.

Zu dieser amtlichen Veröffentlichung erfährt W. T. B. noch folgendes:

Da, wie jetzt die deutsche Regierung, auch die polnische ihrerseits am 13. Juli 1920 eine Optionsverordnung erlassen hat, werden die interessierten Personen, insbesondere soweit sie noch Angehörige in Polen haben, genötigt sein, sowohl nach der deutschen wie nach der polnischen Optionsverordnung zu optieren, um sich die den Optanten durch Artikel 91 des Friedensvertrages gewährleisteten Rechte auch gegenüber der polnischen Regierung zu sichern. Wir nehmen aber an, daß infolge der unginstigen Beförderungsbedingungen in Deutschland wohl nur wenige Personen von dem Optionsrecht für Deutschland Gebrauch machen werden. Im übrigen wird man darüber völlig beruhigt sein können, daß deutsche Staatsangehörige deutschen Stammes, die nicht für Deutschland optieren und polnische Staatsangehörige bleiben sollen, später ohne Schwierigkeiten wieder in Deutschland einwandern werden.

Außerhalb des Vertrages von Versailles hat sich Polen durch Verträge mit den Alliierten geschlossene sogenannte Minderheitenschutzabkommen verpflichtet, alle Deutschen, die im Gebiete des polnischen Staates geboren sind und deren Eltern zur Zeit der Geburt dort ihren Wohnsitz hatten, ohne Rücksicht auf ihren jetzigen Wohnsitz als polnische Staatsangehörige anzuerkennen. Diesen Personen bleibt es daher unbenommen, sich gegenüber der polnischen Regierung auf den Artikel 4 des genannten Abkommens zu berufen, es sei denn, daß sie bis zum 10. Januar 1922 für die polnische Staatsangehörigkeit verzichten. Ebenso hat auch den eben erwähnten Artikel 4 des Minderheitenschutzabkommens mancher einen Anspruch auf die polnische Staatsangehörigkeit bekommen, für den sie werklos ist, da er keinerlei Beziehungen nach Polen mehr hat. Wer hieraus Weiterungen befürchtet, hat die Möglichkeit, durch ein Schreiben an ein polnisches Konsulat auf die polnische Staatsangehörigkeit zu verzichten.

Reichswirtschaftsrat

w. Berlin, 7. Dezember.

In der heutigen Sitzung erstattet zunächst Chefredakteur Bernhardt den Bericht des finanzpolitischen Ausschusses zu den Gesetzentwürfen über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln. An der kurzen Aussprache beteiligen sich Dr. Reichardt vom Reichswirtschaftsministerium, Oberbürgermeister Küntzer und Dr. Crüger, als Vertreter der deutschen Genossenschaftsbanken, der für die Kreditgenossenschaften die Rechte der Banken verlangt. In dem Schlußwort tritt Berichterstatter Bernhardt dem Antrag Crüger bei, er vermag sich aber nicht für die Gleichstellung der Genossenschaften auszusprechen. Die Abänderungsanträge werden angenommen mit Ausnahme der Einbeziehung der Genossenschaften. Dem Gutachten des finanzpolitischen Ausschusses wird im übrigen zugestimmt. Zur Beratung des Entwurfes zu dem Arbeitsnachweisgesetz liegen fünfzehn Abänderungsanträge vor. Aus den Ausführungen des Berichterstatters Fabrikbesitzer Ephraim geht hervor, daß der Entwurf eine Monopolisierung des Arbeitsnachweiswesens mit ausgesprochenem bürokratischen Charakter bedeutet. Alle verschiedenartigen Zweigen des Arbeitsnachweises sollen in den öffentlichen Nachweisen zusammengefaßt werden, und die bisherigen privaten gewerblichen Stellenvermittlungen verschwinden. Für jeden Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde soll ein Arbeitsnachweis errichtet werden. Ueber den Nachweisen stehen paritätisch zusammengesetzte Landesarbeitsämter, die ihre Spitze in dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung finden. Der Sozialpolitische Ausschuß legte eine Reihe von Abänderungen vor, die einen Kompromiß zwischen Bürokratie und Selbstverwaltung darstellen. Nachdem das Haus sodann nach kurzer Debatte den Bericht des Ausschusses wegen der Aufhebung vorübergehender Zollerleichterungen genehmigt hat, vertagt sich das Haus auf morgen vormittag 11 Uhr.

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft hielt am 6. Dezember ihre Hauptversammlung im „Kaiserhof" zu Berlin ab. Der Vorsitzende, D. Dr. v. Harnack, begrüßte die Erschienenen, besonders den preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Dr. v. Bölitz, und Reichsminister des Innern Dr. Köster, und gab mit dem Ausdruck lebhaften Bedauerns bekannt, daß mit dem heutigen Tage auch das Reich in die Arbeitsgemeinschaft zwischen Wirtschaft, Staat und Wissenschaft eingetreten sei, die das Wesen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ausmache. Daran schloß sich ein Ueberblick über die 24 Institute der Gesellschaft in Berlin, Mülheim (Ruhr), Düsseldorf, Göttingen, Bonn, Rovigno und Rom. Die Minister Bölitz und Köster erwiderten mit der Zusicherung, daß die Freiheit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der reinen Wissenschaft zu leben, in Zukunft unangetastet bleiben werde. Darauf gab der Leiter der aerodynamischen Versuchsanstalt der Gesellschaft in Göttingen, Prof. Dr. Brandt, einen Einblick in die Tätigkeit der Anstalt und ihre Bedeutung namentlich für Verkehrsanstalten, Bauwesen, Turbinen- und Windmühlentechnik.

— **Nationale Erziehung.** Rundschau für Eltern und Erzieher mit der Beilage „Die Elternbeiträge", Monatsschrift des Deutschnationalen Lehrerbundes. — In Verbindung mit Kreisschulrat G. Hauptmann, Studienrat Dr. Dorothea Neumann, Studienrat Prof. Dr. Karl Pflug, M. d. L., Universitätsprofessor Geheimrat D. Dr. Dietrich Schäfer, Lehrer Paul Schulze, M. d. N., und Lehrerin Antonie Tubenthal herausgegeben von Gerhard Krügel. Die „Nationale Erziehung" erscheint am 15. jeden Monats. Preis halbjährlich 12 M. Bestellungen richte man an den Verlag Gebr. Ohst, Berlin W. 57, Bülowstraße 56; Postscheckkonto Berlin 59 001.

Halle und Umgebung

Halle, 8. Dezember.

General Litzmann in Halle

Der bekannte General Litzmann, der kürzlich von einer Reise durch die Staaten Südamerikas zurückkehrte, hat sich dem „Stahlhelm" gegenüber bereiterklärt, einen Vortrag über seine Reise zu halten. Er wird am Sonntag, den 11. d. M., 11½ Uhr vormittags im Walhalla über „Reiseeindrücke aus Südamerika, das dortige Deutschtum ein nationales Vorbild, die Heere und Flotten Argentiniens und Chiles, unsere aufrichtigen Freunde", sprechen. Der Vorverkauf der Karten findet bei Heinrich Hothan und auf der Geschäftsstelle, Prinzenstraße 23, 2 Tr., statt. In General Litzmann gilt es einen unserer wirklichen Führer zu ehren, der schon vor dem Kriege als Militärschriftsteller, im Kriege als hervorragender Truppenführer und nach dem Kriege als glühenden Bekenner seines Deutschtums rühmlichst hervorgetreten ist.

Karl Litzmann, geboren zu Naugloßow, Mark Brandenburg, 22. Januar 1850. Seit 1867 Soldat, nahm er als Leutnant im Garde-Pionierbataillon an deutsch-französischen Kriege teil und erwarb vor Paris das Eiserne Kreuz. Bei weiterem Aufstieg in vielfach wechselnden Stellungen und längere Zeit im Generalstabe, wurde er 1901 Generalleutnant und Divisionskommandeur im Oberelsaß, danach Direktor der Berliner Kriegsakademie. 1905 erbat er den Abschied und lebte seitdem in seinem Heimatsort mit vaterländischer Arbeit beschäftigt (Wehrverein, Jungdeutschland-Bund usw.). Während des Balkankrieges 1912/13 besuchte er den türkischen und montenegrinischen Kriegsschauplatz.

Bei Beginn des Weltkrieges zum Etappeninspektor der 3. Armee ernannt, wurde er im Oktober 1914 zum Führer der 3. Garde-Infanterie-Division ernannt, kämpfte mit ihr vor Ivangorod, danach bei Lodz. Als im Verlauf dieser Schlacht die Armeeabteilung des Generals von Scheffer von vielfach überlegenen Russen eingeschlossen war, durchbrach er in der Nacht vom 23. zum 24. November 1914 den Russenring bei Brzezinin und nahm dem Feinde hierbei 12 000 Gefangene und 16 Geschütze weg. Die Armeeabteilung Scheffer wurde vom sicheren Verderben gerettet und der amtliche Heeresbericht sprach von „einer der schönsten Waffentaten des Feldzuges". Zum General der Infanterie befördert und an die Spitze des neugebildeten 40. Reserveforps gestellt, führte er in der Winterschlacht in Masuren den rechten deutschen Heeresflügel. Die Vernichtung der 10. russischen Armee war Erfolg dieser Schlacht. Vom 16. bis 18. August 1915 erstürmte er mit seinem Korps die starke Festung Kowno, kämpfte danach in der Njemenschlacht und in der Schlacht bei Wilna und eroberte Wilna am 18. September. 1916/17 war er der österreichisch-ungarischen Armee in Wolhynien, Nordgalizien und Siebenbürgen zur Hilfe geschickt und führte Sommer 1917 die Offensive südlich des Dnjestr durch Ostgalizien und die Bukowina bis nach Bessarabien hinein, wo es zum Waffenstillstand kam. 1918 befehligte er eine Armeegruppe an der Westfront, bis er — zu Beginn des fünften Kriegsjahres — seine Entlassung erbat, weil er, im 69. Lebensjahre stehend, die Abnahme seiner Körperkräfte empfand.

Nach dem Zusammenbruch des Vaterlandes schwer erkrankt, aber 1920 wiederhergestellt, begab er sich vor einem Jahre nach Südamerika, durchreiste Argentinien, Chile, Uruguay und Brasilien und gewann die günstigsten Eindrücke vom dortigen Deutschtum und seiner angesehenen Stellung in diesen Ländern, worüber er in seinem Vortrag zu berichten gedenkt.

Das Ende aller Hungerstreiks

Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, haben alle Gefangenen, die in einen Hungerstreik verwickelt waren, wieder ihre Arbeiten aufgenommen. Die Justizverwaltung wird in Zukunft Beeinflussungen der Gefangenen durch kommunistische Werber unterbinden und auch Revisionen durch kommunistische Abgeordnete nicht mehr gestatten, sondern angebliche Mißstände nur durch parlamentarische Untersuchungskommissionen prüfen lassen. Bekanntlich hatte der Kommunist Mentzel-Halle im Sommer und Herbst die preußischen Gefängnisse besuchen dürfen.

Staatsverfassung und Staatsleben in den Vereinigten Staaten von Amerika

Vierter Vortrag der Deutschen Gesellschaft für Politik.

Am Dienstag abend sprach in der begonnenen Vortragsreihe Geheimrat Lewinski-Berlin über die Vereinigten Staaten. In den Vereinigten Staaten entwickelte sich seit der Unabhängigkeitserklärung von 1776 die Demokratie und die Selbstbestimmung des Einzelnen im Gegensatz zu der aristokratischen Staatsform des damaligen England. Es wurde in den meisten Staaten das allmächtige Parlament als oberste Staatsgewalt geschaffen, wie wir es heute in England haben. Auch in dem neugeschaffenen Bund war ein Parlament die oberste Gewalt. Im Jahre 1790 ist die jetzt noch bestehende Verfassung zustande gekommen. Da nun die durch die Revolution zurückgedrängten Kreise der Intelligenz wieder in das politische Leben eingetreten waren, so wurden die Verhandlungen über die Verfassung in durchaus undemokratischem Geiste geführt, während mit Rücksicht auf die Volksstimmung alles demokratische der Verfassung hervorgekehrt wurde. Nach der Verfassung stehen die legislative, die exekutive und die richterliche Gewalt unabhängig neben einander. Die gesetzgebende Gewalt des Bundes liegt beim Kongreß, namentlich dem Oberhaus, der Vertretung des Volkes, die alle 2 Jahre neu gewählt wird. Ihm stehen die Gesetzgebung und die Staatsanklage zu. Das Oberhaus, der Senat, wird auf 6 Jahre, ebenfalls vom Volke, gewählt. Der Senat ist ein gewisses Gegengewicht gegen das allzu demokratische und öfter wechselnde Unterhaus. Die exekutive Gewalt stellt der Präsident dar, der ganz außerordentliche Befugnisse, bedeutend umfassendere Rechte als die meisten konstitutionellen Monarchen besitzt. Da er das Veto recht gegen alle Gesetze besitzt, so ist seine Macht fast unbeschränkt. Amerika ist also kein parlamentarisch regierter Staat. Auch das Kabinett ist unabhängig vom Vertrauen des Parlaments, die Minister sind nur die Angestellten des Präsidenten, der sie jederzeit berufen und entlassen kann. Der Präsident besitzt daher eine ungeheure politische Gewalt. Das oberste Gericht kann jedes Gesetz, das im Widerspruch zur Verfassung steht, für nichtig erklären, es kann die Verfassung nach seinem Belieben auslegen, es hat also eine noch umfassendere Macht, als das Parlament. Von den Verfassungseinrichtungen ist also nur das Unterhaus eine einigermaßen demokratische Einrichtung. Eine Aenderung der Verfassung ist nur durch Zweidrittelmehrheit des Unterhauses und des Senats möglich, also sehr erschwert; daher sind von über 2000 Anträgen zur Verfassungsänderung nur 16 durchgegangen. Die Hauptparteien sind die Republikaner, die Vertreter einer starken Bundesgewalt, und die Demokraten, die Vertreter einer starken Gewalt der Einzelstaaten. Auch die Arbeiter gehören meist diesen beiden Parteien an, die nur schwache sozialdemokratische Parteien sind, entsprechend unseren Kommunisten. Die Parteien sind so stark wie in keinem anderen Lande organisiert. F.

Die Tagung des Kommunalverbandes in Halle

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung wird, wie bereits kurz berichtet, der Verband der Kreise und Gemeinden in der Provinz Sachsen und in den Freistaaten Anhalt und Braunschweig am Freitag, den 9. Dezember in Halle a. S. Stadthaus, vormittags 10 Uhr abhalten. Am Tage zuvor findet vormittags eine Besichtigung der Reichsstickstoffwerke in Piesteritz bei Wittenberg statt. Es wird den Gästen und Mitgliedern dort an Ort und Stelle ein kurzer erläuternder Vortrag über die Art und den Umfang der Fabrikation, ferner über die vom Werke geschaffenen sozialen Einrichtungen für die Arbeitnehmerschaft, sowie über die beim Werke bestehenden Arbeitsbedingungen gehalten werden. Für den Nachmittag ist eine Besichtigung der Sehenswürdigkeiten der Stadt Wittenberg (Lutherhalle u. a. m.) unter sachgemäßer Führung geplant. Der Abend soll die Gäste und Mitglieder zu einem gemütlichen Beisammensein im Hotel Hohenzollernhof, Halle a. S., vereinen.

Zu der Tagung sind die anhaltische und die braunschweigische Staatsregierung, der Oberpräsident der Provinz Sachsen, der Landeshauptmann der Provinz Sachsen, die Regierungspräsidenten von Magdeburg, Merseburg, Erfurt und Dessau, der Reichsarbeitgeberverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände und die kommunalen Nachbarbezirksarbeitgeberverbände eingeladen.

Der Verband der Kreise und Gemeinden in der Provinz Sachsen und in den Freistaaten Anhalt und Braunschweig ist durch die organisatorische Zusammenfassung der drei Großstädte Magdeburg, Halle, Erfurt, fast aller Mittelstädte und Landkreise, sowie zahlreicher Kleinstädte, Landgemeinden, Zweckverbände und sonstiger öffentlich rechtlicher Körperschaften als Arbeitgeber in kurzer Zeit zu einem bedeutenden, Achtung gebietenden Faktor im Wirtschaftsleben Mitteldeutschlands geworden.

Unter dem 2. November 1921 ist der Verband in das Vereinsregister eingetragen worden.

— **Das Fest der silbernen Hochzeit feiern am** Sonnabend, den 10. Dezember, der Kassenbote des Allgem. Deutschen Vers.-Ver. Stuttgart, Herr Hermann Seeger und Frau.

— **Die Zwistigkeiten im Stadt-Theater** wegen der christlich-organisierten Frauen sind beigelegt. Der Betriebsrat ist von seiten der Verwaltung auf die Grenzen seiner Befugnisse hingewiesen worden; das Betriebsratsmitglied, welches den Vertreter der christlichen Gewerkschaft tätlich angefaßt hatte, hat wegen des Vorfalls sein Bedauern ausgesprochen. Die Beschuldigungen wegen der Schmierzettel treffen nicht auf die christlichen Gewerkschaften zu. Agitation soll im Theater nicht mehr betrieben werden; auch darf der Betriebsrat nicht mehr versuchen, die Frauen zum Rücktritt aufzufordern. Die Koalitionsfreiheit ist strengstens zugesichert worden und somit ist es jeder Arbeiterin beim Stadt-Theater freigestellt, der Organisation anzugehören, der sie angehören will. Hoffentlich giebt damit der Friede auch in das hiesige Stadt-Theater ein.

— **Das Oberschlesier-Hilfswerk** bittet die Hauseigentümer bezw. Verwalter, die ihnen zugegangenen Hausammellisten baldmöglichst zurückzusenden und die gezeichneten Beträge mittelst der von der Hausliste abzutrennenden Zahlkarte bei der nächsten Postanstalt einzuzahlen, da gemäß Verfügung des Staatskommissars für Wohlfahrtspflege die Abwickelung unverzüglich durchzuführen ist.

— **Die 24-Stundenrechnung auf der Eisenbahn.** Schon seit längerer Zeit beschäftigt man sich in Fachkreisen mit der Frage der Einführung einer durchgehenden Bezeichnung der Tagesstunden von 1 bis 24 und hat damit bereits auf einer ganzen Reihe ausländischer Eisenbahnen begonnen, d. h. die Zeitrechnung für die Tagesstunden von 1 Uhr nachmittags bis 12 Uhr nachts in den Fahrplänen mit 13 bis 24 bezeichnet. Auch im Güterverkehr auf den deutschen Eisenbahnen rechnet man in gewissen Fällen bereits mit der Stunde 13 usw., wenn es sich z. B. um Bereitstellung von Güterwagen handelt, wobei die Errechnung des Wagenstandgeldes wesentlich vereinfacht wird. Von unterrichteter Seite wird nun bekannt, daß die 24-Stundenzeit Gegenstand eingehender Beratungen im Reichsverkehrsministerium ist, daß aber mit der Einführung zum 1. Juni 1922 nicht gerechnet werden kann.

— **Für die Arnold Ruge-Spende** wurden bisher gezahlt: Privatgelehrter T. 5 M., Kaufmann H. 100 M., Mechaniker Sch. 40 M., F. H. 5 M., Lehrerin B. 110 M., Kaufmann H. 100 M., Sekretär B. 10 M., Kaufmann S. 10 M. = 380 M. Das Weihnachtsfest steht vor der Tür. Dr. Ruge irrt als Landfremder, wegen angeblichen Hochverrats verfolgt, umher. Helft seiner Frau und seinem Sohne hinweg über diese an seelischen Kümmernissen schwere Zeit dadurch, daß ihr ihr wenigstens die materielle Not, den Hunger, lindert. Deutsche, vergeßt nicht die Vorkämpfer Eures Deutschtums, die Märtyrer für Eure Sache!

Spendenannahme bei der Landschaftlichen Bank, Halle, auf das Guthaben Nugespende, bei der „Hallescheen Zeitung", bei Dr. Blümel, Magdeburger Str. 47.

— **Stadttheater.** Infolge Erkrankung von Heinrich Zeltner wird das für morgen, Freitag, angesetzte Singspiel „Schönheit und Jugend (Una cosa rara) auf Donnerstag, den 15. Dezember, verlegt. Die für „Schönheit und Jugend" gelösten Eintrittskarten können bis Freitag, den 9., mittags 1 Uhr für die am Donnerstag, den 15. Dezember stattfindende Vorstellung dieses Werkes umgetauscht werden. Für morgen, Freitag, ist nun „Das Dreimäderlhaus" angesetzt worden.

— **Erika Denisson,** eine Meisterin der Tanzkunst, wird am kommenden Freitag, abends 7½ Uhr im Saale des Neumarktschützenhauses sich vorstellen. Ein Ideal weiblicher Schönheit, ausgestattet mit den prächtigsten Gewändern, und begabt mit einer erstaunlichen Technik, so wird die Künstlerin, wie überall, so auch hier ihr Publikum fesseln. Karten in der Hofmusikalienhandlung von Heinrich Hothan.

— **Schwindlerin in jungen Jahren.** Eine etwa 20 Jahre alte Schwindlerin vertreibt seit einiger Zeit in hiesiger Stadt minderwertige Bilder mit selbstangefertigten Kalikorahmen. Um diese zu möglichst hohen Preisen absetzen zu können, gibt sie unwahrerweise an, im Säuglingsheim beschäftigt zu sein und die Bilder im Auftrage des Kindergartens zu verkaufen. Es wird deshalb vor ihr gewarnt. Anzeigen und Angaben zur Ermittelung der Schwindlerin erbittet die Kriminalpolizei, Kriminalbezirk 5.

— **Chronik der Straße.** Vorgestern vormittag rückte die Feuerwehr nach der Delitzscher Straße 8 zur Beseitigung eines Stubenbrandes aus. — Gestern vormittag gegen 7 Uhr wurde ein hier wohnhafter Betriebs-Assistent in der Trotzkaer Straße von einem Lastkraftwagen überfahren. Der Verunglückte mußte dem Elisabethkrankenhause zugeführt werden. Die Ermittelungen wegen der Schuldfrage sind eingeleitet.

Familien-Nachrichten

Geboren: Gerichtsassessor Dr. Schwerdtfeger (Sohn).

Verehelicht: Reinhold Göhre mit Erna Krapp. — Carl Pitzschler mit Elsbeth Reizaus.

Todesfälle: Kurt Wagner (19 Jahre). — Reinhard Schacht (81 Jahre). — Schmiedemeister Wilhelm Dressel (45 Jahre). — Minna Schnell geb. Nicolai (85 Jahre).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192112081-10/fragment/page=0003

Aus Mitteldeutschland

Zur Abschaffung der Ortsklassen D und E, besonders in Mitteldeutschland

Die fünf Ortsklassen A bis E des staatlichen Ortsklassenverzeichnisses sind bislang beibehalten worden, um nicht das Zustandekommen der notwendigen Besoldungsaufbesserungen hinauszuschieben. Lediglich eine andere Gruppierung einzelner Orte ist vorgenommen. Es ist aber infolge völliger Verschiebung aller einschlägigen Verhältnisse durchaus und dringend notwendig, schleunigst das Ortsklassenverzeichnis unter Einschränkung der Zahl der Klassen und nur geringer Unterscheidung der bestehenbleibenden Ortszuschläge neu zu regeln.

Ganz besonders unerträglich ist die bisherige Ortsklasseneinteilung in Mitteldeutschland geworden, in dem infolge der zunehmenden Industrialisierung die Lebensbedingungen sich völlig geändert haben. Der Lebensunterhalt in den kleineren Städten und auch in den Landgemeinden ist stark verteuert, so daß die Kreise kaum mehr hinter denen in den größeren Städten und selbst denen in den Großstädten zurückbleiben, ja, diese sogar häufig übertreffen. Der ländliche Charakter dieses Gebietes ist selbst in kleineren Orten vielfach verwischt. Die Wohnungsnot insbesondere hat vielerorts dazu geführt, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter in den größeren Industrieorten keine Wohnung finden konnten; sie haben sich daher in immer wachsendem Umfange in den benachbarten kleineren Städten und auch Dörfern niedergelassen und so an diesen Orten zur Erhöhung des Bedarfs an allen Gegenständen beigetragen.

Es ist eine im ganzen Bezirk zu beobachtende Erscheinung, daß in den mittleren und kleineren Städten Mangel an den verschiedensten Nahrungsmitteln herrscht. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, daß beispielsweise Gemüse- und Obsterzeuger ihre Erzeugnisse regelmäßig auf Grund von langfristigen Lieferverträgen an die Händler in den in der Nähe befindlichen Großstädten liefern. Man hat ferner immer wieder Gelegenheit festzustellen, daß die Preise für Fleisch, Butter, Margarine, Schmalz, Brot usw. in kleinen Städten häufig höher sind als in Großstädten.

Ganz besonders erschwert ist die Lage der ortsfremden Beamten, Angestellten und Arbeiter in den mittleren und kleineren Städten, in denen die ortsansässige Bevölkerung zum überwiegenden Teile Garten- oder Pachtland zur Verfügung hat. Da die Ortsansässigen Obst, Gemüse, Kartoffeln usw. selbst ernten und sich Kleinvieh zur Schlachtung selbst mästen, so gibt es für diese Bedarfsartikel infolge geringer Absatzmöglichkeit meist wenig leistungsfähige Geschäfte.

Die Annahme, welche gewöhnlich herrscht, daß die Wohnungsverhältnisse und Mietspreise in kleineren Orten erheblich günstiger sind, trifft nicht zu. In größeren Städten enthalten die Mietspreise meist alle Nebenabgaben, in kleineren Orten dagegen liegen den Mietern meistens noch besondere Abgaben ob. So haben sie neben zum reinen Mietszins häufig noch das Wassergeld, das Schornsteinfegergeld, sowie die Kosten der Fäkalien- und Müllabfuhr zu tragen. Auch ein anderer Umstand darf nicht außer acht gelassen werden: der in einer kleineren Stadt Wohnende muß seine Kinder zur weiteren Ausbildung täglich Jahre hindurch mit der Bahn in die benachbarte Stadt mit höherer Schule schicken oder gar dort gänzlich in Pension geben. Es erwachsen ihm hierdurch und durch das teuerere Schulgeld für Auswärtige Kosten, die für den in einer größeren Stadt Wohnenden entfallen.

Der Verband der Kreise und Gemeinden in der Provinz Sachsen und in den Freistaaten Anhalt und Braunschweig hat sich für die Abschaffung der Ortsklassen D und E seit langer Zeit nachdrücklich eingesetzt und erst kürzlich unter Darlegung obiger Gesichtspunkte einen diesbezüglichen Antrag den Parlamenten, den Landesregierungen, sowie allen politischen Parteien unterbreitet.

---

g. **Köthen**, 7. Dez. (Doch keine bürgerliche Mehrheit. — Aus dem Gemeinderat.) Bei der gestern vorgenommenen amtlichen Feststellung des Wahlresultats der Stadtverordnetenwahl wurden noch 35 von den Wahlvorstehern als ungültig befundene Stimmzettel für gültig erklärt. Die amtliche Feststellung gab dem Wahlergebnis eine grundlegende Aenderung. Die Unabhängigen, die vorher leer ausgegangen waren, erhielten einen Sitz, der von der Hochschulliste (bürgerliche Auerliste) in Abzug kommt. Es erhalten: Bürgerliste 10, Hochschulliste 2, Sozialdemokraten 11, Unabhängige 1 Sitz. Das bisherige Verhältnis von 12 : 12 ist aber damit noch nicht gegeben, da man einen Vertreter der Hochschulliste seinen Anschauungen nach eher zur Kommunistischen Partei rechnen muß. Er wird in entscheidenden Fragen kaum auf bürgerlicher Seite zu finden sein. — Der Gemeinderat lehnte einen Antrag des Ausschusses für Leibesübungen auf Bewilligung von Mitteln für die Teilnahme an den Deutschen Kampfspielen im Stadion im Grunewald ab, da die Entsendung der geforderten zehn Teilnehmer mindestens 10 000 Mark erfordern würde, eine Summe, welche die gegenwärtige finanzielle Lage der Stadt nicht gestattet. — Die anhaltische Regierung hatte die vom Gemeinderat festgesetzten Lustbarkeitssteuersätze für Lichtbildervorführungen für zu hoch erachtet und Herabsetzung empfohlen in die Klasse von 25 bis 30 Prozent. Der Gemeinderat beschloß aber einstimmig, es bei der bisherigen Einteilung (bis zu 40 Prozent) zu belassen, da die Reichssteuerordnung keine Bindung nach oben vorsieht und die Stadt schließlich ihre Verhältnisse selbst am besten beurteilen kann.

— **Magdeburg**, 7. Dezember. (Das alte Lied.) Schon wieder hat der fahrlässige Umgang mit Schußwaffen ein Opfer gefordert. In einem Hause der Prälatenstraße erteilte der 17jährige Schüler Kurt Neumann dem 10jährigen Schüler Herbert Richter Nachhilfestunden. Dabei erblickte Neumann zufällig im unverschlossenen Schreibtischkasten eine seinem älteren Bruder gehörige Armeepistole. Ohne zu wissen, daß die Waffe geladen war, hantierte und spielte er damit. Dabei entlud sich die Pistole, und der ihm gegenüber sitzende Richter wurde von der Kugel in den Kopf getroffen. Der Tod trat sofort ein.

— **Quellenhorst**, 7. Dezember. (Mühlenbrand.) Gestern früh ist die früher Trammsche jetzt Breitigkeitsche Mühle vollständig niedergebrannt. Der Müller hatte die Mühle gedreht, die noch nicht in Betrieb gesetzt war. Während er sich noch unter der Mühle am Motor zu tun machte, um das Werk anzulassen, brach in der oberen Mühle auf noch unerklärliche Weise der Brand aus. Es sollen etwa 100 Zentner Getreide mit verbrannt sein. Der Schaden soll sich auf 60 000 Mark belaufen und ist nur zum geringen Teil durch Versicherung gedeckt.

— **Clausthal**, 7. Dezember. (Konflikt in der Gemeindeverwaltung.) Die Bürgervorsteher haben sämtlich ihre Aemter niedergelegt. Der Grund liegt in dem Streit um die Besetzung des Bürgermeisterpostens. Nach dem Inkrafttreten der neuen Städteordnung würden doch Neuwahlen erfolgen und die Sozialdemokraten hätten erklärt, sie würden ohne Bedenken, wenn sie die Mehrheit bekommen, einen neuen Bürgermeister wählen. Da dann die Stadt noch mit der Pensionszahlung für den jetzt gewählten Bürgermeister belastet würde, beschlossen die Bürgerlichen, ihre Aemter niederzulegen und die Neuwahlen jetzt schon vorzunehmen zu lassen.

Volkswirtschaftlicher Teil

Bergbau

dd. **Die Kohlennot.** Reichs- und Staatskommissar Mehlich hat an die Bergarbeiter des Ruhrbezirkes einen dringenden Mahnruf gerichtet, in Anbetracht des großen Kohlenmangels doch Ueberstunden zu machen. Elektrizitätswerke, chemische Werke, Zementfabriken und Ziegeleien können nur in beschränktem Umfange liefern, da es ihnen an Kohle mangelt. Die Exportindustrie kann wegen Kohlenmangels die Konjunktur nicht ausnutzen. Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse in den entfernten Industriebezirken. Infolge des Ausfalles der Ueberschichten ist trotz starker Vermehrung der Belegschaft ein fühlbarer Förderausfall eingetreten (um etwa 65 000 Tonnen täglich). Dieser Ausfall muß wettgemacht werden, soll unser Wirtschaftsleben nicht lahmgelegt werden und unser Volk nicht in Not geraten.

Die neue Kalipreiserhöhung. Die Verhandlungen zwischen dem Reichskalirat und dem Kalisyndikat wegen der beantragten Preiserhöhung schweben noch. Man rechnet mit einem baldigen Abschluß der Beratungen. Der Reichskalirat hat eine Erhöhung um 17 Prozent anstatt der beantragten 22 Prozent genehmigt. Es dürfte jedoch noch ein Kompromiß zustande kommen.

Gewerkschaft Meinershausen. Die außerordentliche Gewerkenversammlung beschloß die Betriebsstillegung bis 1953. Die Gewerkschaft Glückauf-Sondershausen hat den Gesamtbetrieb von Meinershausen gepachtet mit der Verpflichtung, Abschreibungen und Rückstände vorzunehmen und Meinershausen eine jährliche Ausbeute zu garantieren, welche dem fünfundzwanzigsten Teil der Ausbeute von Glückauf-Sondershausen gleichkommt.

Industrie

ss. **Deutsche Elektrostahlwerke A.-G. Frankenberg.** (Eigener Drahtbericht.) In der a. o. G.-V. wurde der Antrag auf Fusion mit der Emil Riedel A.-G. Stahl- und Federwerke, Chemnitz, mit Rücksicht auf die ungeklärten Steuergesetze seitens der Verwaltung zurückgezogen. Dagegen wurde eine Interessengemeinschaft vorgeschlagen.

ss. **Porzellanfabrik Rauenstein vorm. Greiner A.-G.** (Eigene Drahtmeldung.) Die a. o. G.-V. beschloß die Umwandlung von 750 000 M. Vorzugsaktien in Stammaktien mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1922. Die neuen St.-A. werden den Aktionären im Verhältnis 2 : 1 zum Kurse von 200 Proz. angeboten.

* **Chemnitzer Dünger-Abfuhr-Gesellschaft.** Die G.-V. vom 8. Dezember hat einstimmig beschlossen, den vom Rat der Stadt Chemnitz vorgelegten Vertragsentwurf abzulehnen. Die Gesellschaft beruft zum 28. Dezember eine G.-V. ein, um über die Liquidierung zu beschließen.

* **Handelsregister Halle.** Engelhardt-Brauerei. Die im Sommer beschlossene Kapitalserhöhung sowie die Zusammenlegung mit der Dortmunder Westfalia-Brauerei und einige Satzungsänderungen sind eingetragen. Ferner wurden Aenderungen der Prokuren-Verhältnisse eingetragen. U. a. ist dem Kaufmann Ernst Kertscher-Halle Gesamtprokura erteilt. — Neueintragungen: Dankwarth u. Co., G. m. b. H., Apotheker-, Drogerie- und Kleinbedarf, Kapital 20 000 M. — Korntopagnie, G. m. b. H., Halle a. S. An- und Verkauf von Landeserzeugnissen jeder Art und von Mühlen- und Zuckerfabriksfabrikaten. Kapital 20 000 M. — Löschung: Bandagenhaus Dr. Martin O. Winterhalter, Halle. — Aenderungen: Reichstreuhand-Gesellschaft A.-G., Filiale Halle, Normalzeit, G. m. b. H., Zweigniederlassung Halle.

Handel und Verkehr

ss. **Mitteldeutsche Häute-Auktion Leipzig.** (Eigener Drahtbericht.) Der zweite Tag zeigte ebenfalls rückläufige Tendenz. Kalbs- und Schaffelle standen 30 bis 40 v. H. tiefer gegenüber dem Vormonat.

w. **Einfuhrverbot für Vieh nach der Schweiz.** Das Schweizerische Veterinäramt hat mit Einwilligung des volkswirtschaftlichen Departements durch Verfügung vom 5. Dezember die Einfuhr von Rindvieh und Fleisch aus sämtlichen europäischen Ländern mit Ausnahme von Dänemark verboten. Das Verbot wird mit dem außerordentlichen Seuchenstand in den meisten europäischen Staaten begründet.

Börsenberichte

Börsenbericht. Das Eingreifen der Großbanken bei der Katastrophe der Pfälzischen Bank wirkte etwas beruhigend, doch war Nervosität unverkennbar. Beträchtliche Besserung der Mark veranlaßte Abgabeneigung. Nachfrage war nicht stark. So traten am Montanmarkt teilweise 100proz. Rückgänge ein. Auch Chemische, Elektrische, Banken- und Schiffahrtsaktien büßten z. T. beträchtlich ein. Deutsche Bank verlor etwa 70 v. H., Berliner Handelsgesellschaft 65 Prozent. Valutapapiere waren niedriger. Vorübergehend trat eine Befestigung ein, die aber auf Gerüchte von finanziellen Schwierigkeiten in Rheinland-Westfalen neuer Schwäche wich. Der Devisenmarkt zeigte unter Schwankungen steigende Tendenz nach schwachem Beginn unter dem Einfluß eines gewissen Mißtrauens hinsichtlich der Nachrichten über die Moratoriumsfrage. Die Börse schloß in gedrückter Stimmung.

Devisen-Notierungen

Berlin, 7. Dezember.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amstd.-Rotrd.	7492,50	7507,50	Paris	1585,90	1589,10
Brüss.-Antwerp.	1518,45	1521,55	Schweiz	4030,95	4039,05
Christiania	3026,35	3032,65	Spanien	—,—	—,—
Kopenhagen	3946,05	3953,95	Wien (altes)	—,—	—,—
Stockholm	5044,95	5055,05	Oesterr. abgest.	6,58	6,62
Helsingfors	387,50	388,40	Prag	230,75	231,25
Italien	906,55	908,45	Budapest	25,47	25,53
London	859,10	860,90	Poln. Mark	—,—	—,—
New-York	209,04	209,46	Buenos Aires	68,40	68,60

Produktenbericht. Berlin, 7. Dez. Der Rückgang des Dollarkurses wirkte auf den Markt abschwächend, namentlich stellten sich die Roggenpreise niedriger, weil der gestern erwartete Beschluß des Reichsernährungsamtes zum Roggenankauf nicht gefaßt wurde. Die Kauflust war infolgedessen zurückhaltend. Gerste blieb gut behauptet. Für gute Sorten war die Tendenz fest. Auch Hafer war nicht nachgiebig bei zurückhaltendem Angebot. Mais war merklich billiger zu kaufen. Mehl fand schwer Absatz, da der Konsum geringere Ansprüche als bisher stellt. Kleie wenig umgesetzt. Raps war ruhig. Viktoriaerbsen wenig begehrt. Auch in anderen Hülsenfrüchten wurde nicht viel gehandelt. Futterstoffe hatten ruhiges Geschäft.

Berliner Produktenmarktpreise.

Berlin, 7. Dezember.

Amtliche Notierungen **für 1 Zentner** ab Station

Weizen, märk. 380—383, mait, pomm. —,—.
Roggen, märk. 202—207, pomm. —,— meckl. —,—, westpreuß. —,—, flau.
Wintergerste —, Sommergerste 375—395, matter.
Hafer, märk. 285—292, matter, pomm. —,—.
Mais, la Plata —, ohne Prov.-Ang., 320—325, matt.
Weizenmehl, 930—1050, matter, feine darüber, Roggenmehl 700—750, matter (je 2 Z.).
Weizenkleie 195, ruhig. Roggenkleie 200—205, ruhig.
Raps 720—740, flau. Leinsaat —,—

Victoriaerbsen	465—485	Lupinen, blaue	225—24
Kleine Speiseerbsen	375—400	Lupinen, gelbe	270—28
Futtererbsen	300—310	Rapskuchen	270—28
Peluschken	—	Leinkuchen	370
Wicken	—	Serradella	—
Ackerbohnen	310—315	Trockenschnitzel	180—18

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 7. Dez. Preise für 100 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 99—99,3 %	5450-5500	Zinn (Banca-Straits-Australi	14500-14700
Orig.-Hütt.-Weichblei	2175-2250	Hüttenzinn (99%)	14100-14300
Orig.-Hütten-Rohzink	—	Reinnickel (98-99%)	12900-13500
Zink im freien Verkehr	2250-2350	Antimon (Regulus)	2250-2350
Remelted-Platt.-Zink	1850-1900	Silber in Barren, ca 900 fein	für 1 kg 3425-3475
Orig.-Hütten-Aluminiu.	98-99% (in gekerbten Blöckchen)	Elektrolytkupfer p. 100 kg	6400
Orig.-Hütten-Aluminium (in Walzdraht od. Drahtb.)	9800-9500	Original-Hütten-Rohzink ab oberschl. Hütte	3475
		Preis des Zinkhüttenverb.	

Leipziger Notierungen

Leipzig, 7. Dezember.

Chemnitzer Bankverein	215,—	Leipziger Malzfabrik	645,—
Leipziger Hypothekenbank	—,—	Mansfelder Kuxe	2200,—
Mitteldeutsche Privatbank	—,—	Oelsnitzer Kuxe	3500,—
Crößwitzer Papierf.	—,—	Pittler, Leipzig	1000,—
Glauziger Zuckerfbr.	2200,—	Prehlitzer Stamm-A.	—
Gr. Leipziger Straßenbahn	5,50	„ Prioritäts-Akt.	—,—
Hallesche Zuckerraff.	1130,—	Riebeckbier	325,—
Portland-Zement	—,—	do. Vorzugsaktien	198,—
Hugo Schneider, Paunsdorf	740,—	Rositzer Zuckerfabr.	1280,—
Körbisdorfer Zukerf.	—,—	Rudelsburger Zementfabrik	—
Leipziger Kammgarnspinnerei	1775,—	Sachsenwerk	600,—
		Sondermann & Stier	650,—
		Stöhr & Co.	1900,—
		Zimmermann, Halle	618,—
		Zimmermann, Chemnitz	560,—

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt

Berlin, 7. Dez.

Deutsche Werte		Fröbeln Zucker	—
4 % Deutsche Schatzscheine V—IX	94,25	Gasmotoren Deutz	745,—
Deutsche Schatzanw. 1924	77,50	Gebhardt u. Co.	1145,—
5 % Deutsche Reichsanl.	83,—	Geisweid. Eisen	—
4 „ „	72,80	Geisenkirch. Bergb.	887,—
3½ „ „	37,50	Hanover Zuckerfbr.	—
3 „ „	84,—	Th. Goldschmidt	1000,—
Sparprämie	75,60	Görlitzer Maschinen	—
4 Preuss. Konsols	62,25	Görlitzer Waggon	—
3½ „ „	60,—	Gothaer Waggon	—
3 „ „		Hallesche Masch.-Fabr.	—
4% a. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	104,—	Hann. Masch.	940,—
3½ Sächs. Neulandsch.-Pf.	100,50	Hann. Waggon	100,—
3 „		Harpener Berg	118,—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	96,10	Hartmann Maschinen	—
4½ Dessauer Gas-Oblig.		Hasper Eisen	—
4 „ „ Goldrente		Hirsch Kupfer	—
4 Oesterr. Kron.-Rente	108,—	Höchster Farbw.	745,—
4 Ungar. Gold-Rente		Hoesch Eisen u. Stahl	—
4 Ungar Kronen-Rente	100,—	Hohenlohe-Werke	—
4 Türk Adm. A	100,—	Humboldt-Masch.	860,—
4 „ Bagd. Eisenb. I	—	L. Hupfeld & Co.	225,—
4 „ „ „ II	—	Ilse-Bergbau	350,—
Eisenbahn-Aktien		J. A. Cohn	240,—
Halberstadt-Blankenbg.	—	Kahla-Porzellan	315,—
Halle-Hettstedter	580,—	Kalkw. Aschersleben	168,—
Schantungbahn	330,—	Kirchner & Co.	—
Allg. Lokal-Str	—	Königsborn Bergw.	—
Magdeburger Str.-B.	—	Königzell Porz.	—
Lux. Prinz Heinrich.-B	96,10	Körbisd. Zucker-Akt.	—
Gr. Berl. Str.	—	Gebr. Körting	—
Schiffahrts-Akt.:		Kruschwitzer Zucker	—
Hambg. Paketfahrt	720,—	Kyffhäuserhütte	—
Hambg.-Südamerika	—	Lahmeyer u. Co.	—
Hansa-Dampfschiff	631,—	Lauchhammer	—
Nordd. Lloyd	—	Laurahütte	370,—
Ver. Elbschiffahrt	—	Leipz. Plan Zimmermann	340,—
Banken:		Leipziger Werkzeug	1050,—
Bank für Thüringen	—	Leopoldsgrube	—
Barmer Bankverein	—	Leopoldshall chem. Fabr.	—
Berl. Handelsges	—	Lingel Schuhfabr.	—
Braunschweiger Bank	850,—	Linke & Hofmann	1020,—
Comm u. Diskontobank	350,—	Luther Maschinen	2150,—
Darmstädter Bank	—	Lothringer Hütte	—
Dess. Landesbank	530,—	Ludwig Loewe u. Co.	664,—
Deutsche Bank	—	Magdeb Allg. Gas-Ges.	—
Diskonto-Comm.	450,—	Magdeburger Bergwerk	1850,—
Dresdner Bank	—	Magdeburger Mühlen	1186,—
Gothaer Grundkredit	—	Mannesmannröhren	—
Credit-Anst. Leipzig	—	Maschinenfabr. Buckau	—
Meining. Hypothek.	—	Maschinenfabr. Kappel	—
Mitteld. Kredit ank	—	Mech. Seran	—
„ Privat-Bank	—	Mehltzer Tüllfabrik	—
Nationalbank	360,—	Norddeutsche Spritfabr.	—
Oesterr. Kredit	—	Oberschl. Eisenb. Bed.	175,—
Reichsbank	—	Oberschl. Caro Heg.	810,50
		Oberschl. Kokewerke	1800,—
Industrie-Aktien:		Orenstein u. Koppel	1150,—
Akt. f. Anilin	688,—	Phönix-Bergb.	—
Alexanderwerk	—	Plauener Gardinen	—
Allgem. Elektr.-Ges.	765,—	Plauener Tüll	—
Ammendorfer Papierf.	2900,—	Pintsch A.-G.	2000,—
Anhalter Kohlenwerke	1050,—	Rauchwaren Walter	375,—
Annaburger Steingut	—	Rhein. Metallwaren	118,—
Augsburg-Nürnb. Masch.	—	Rhein. Stahlwerke	1380,—
Badische Anilin	720,—	Riebeck Montan	750,—
Baroper Walzwerk	—	Rombacher Hütten	1100,—
Bergmann Elekt.-Akt.	862,—	Rositzer Braunk.	1195,—
Berger Tiefbau	1060,—	Rositzer Zucker	—
Berlin-Anhalt. Masch.	815,—	Sachsenwerk	600,—
Berlin-Gub. Hutfabrik	2950,—	Sangerhäuser Masch.	1150,—
B.-r.l. Masch.-Bau	1579,—	Sauerbrey Maschinen	—
Bismarckhütte	—	Schneider Bruno u. Co.	770,—
Bing. Werke	650,—	Schönebeck Metall	—
Braunk.- u. Brik.-Ind.	900,—	Schubert & Salzer	—
Breslauer Spritf.	1,50	Schuckert & Co.	670,—
Buderus Eisenwerke	800,—	Schulz jun. Fritz	—
Bochumer Gußstahl	960,—	Siemens & Halske	800,—
Chem. Fabrik Buckau	—	Stahl & Nölke	—
Chem. Griesheim	830,—	stettiner Chamotte	—
Chem. v. Heyden	1,60	Stettiner Vulkan	1850,—
Concordia Bergbau	—,—	Stöhr Kammgarn	—
Consolidation Schalke	—	Stollberger Zink	—
Cottbuser Maschinen	—	„Terra", Samen-A.-G.	—
Crößwitzer Papierfabr.	—,—	Thale Eisenhütte	—
Daimler-Motoren	401,75	Thür. Bleiweißfabrik	—
Dessauer Gas	—	Thür. Nadel- u. Stahlw.	—
Deutsche Kabelwerke	—	Thür. Salinen	1400,—
Deutsch-Luxemb. Bergw.	870,—	Tittel & Krüger	—
Deutsch-Luxemb.-Ges	—	Tritzis Porzellan	—
Deutsche Erdöl	—	Thüringer Flöha	2000,—
Deutsche Gußstahl	—	Türkische Tabakregie	—
Deutsche Kali	825,—	Ver. Köln-Rottweiler	—
Deutsche Waff. u. Mun.	1568,—	Ver. Glanzstoff Elberf.	—
Donnersmarkhütte	—	Ver. Gothaiwerke	75,—
Döring u. Lehrmann	—	Ver. Thür. Metall	—
Dürkoppwerke	—	Vogtl. Maschinen	—
Eynamit Nobel	829,—	Wandererwerke	—
Eilenburger Kattun	—	Wanderer u. Hübner	—
Eintracht Braunkohlen	1500,—	Wernshaus. Kammgarn	660,—
Eiberfelder Farben	720,—	Wersch.-Weissenf. Hrz.	—
Engelhard Brauerei	—	Westeregeln-Alkali	—
Felten u. Guilleaume	1190,—	Wissner Metall	—
Friedrichshall Kali	—	Wittener Gußstahl	—
		Wrede-Mälzerei	—
		Zeitzer Masch.	—
		Zellstoff Waldhof	407,—
		Zimmermann-W.	—
		Otavi-Minen	—
		Magdeburger Feuer-V.	—
		Magdeburger Lebens-V.	—
		Magdeburger Rückvers.	—

Hauptschriftleiter: Helmut Deitcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Deitcher; für politische Nachrichten: Ernst Kaisershmidt; den volkswirtschaftlichen Teil: Hermann Dr; für Kommunalpolitik, lokale Nachrichten und Sport: Hans Hellius; für die Rubriken Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung, sowie den übrigen unpolitischen Teil: Ernst Seilheim. — Für den Anzeigenteil: Paul Herzen, sämtlich in Halle a. S. Otto Thiele, Druck- u. Buchdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192112081-10/fragment/page=0004